

FORUM

Vision oder Utopie? Junge Ideen für die Zukunft Europas

Friederike Augustin und Jana Schubert*

Although most of the first-time voters and young citizens of the European Union (EU) share a positive attitude towards the EU, less than 30 percent cast their votes in the European elections of 2014. Against this backdrop, this year's European election campaigns particularly focused on young people aged 15 to 24. In that sense, the youth participation project #EngagEU aimed at motivating young people to vote in the European elections 2019 and at empowering them to formulate concrete political demands. Summarised in the manifesto "Young Ideas for the Future of Europe", their ideas were presented to the public as well as to Federal President Frank-Walter Steinmeier on 30 April 2019 at the #1stYoung Citizens'Convention organised by the Institut für Europäische Politik and discussed with young candidates for the European elections. Technology-based solutions to combat climate change and an independent monitoring capacity for EU values and democratic principles are concrete demands that political decision-makers might take up in the aftermath of the European elections.

Zum 40. Jahrestag der Direktwahlen zum Europäischen Parlament befand sich die europäische Festgesellschaft bereits vor dem 26. Mai 2019 in Katerstimmung. Grund war die verbreitete Annahme, dass sich der Trend der stetig sinkenden Wahlbeteiligung auch für die diesjährigen Wahlen voraussichtlich nicht ins Positive umkehren ließe. Bei der Ursachenanalyse dieser sich sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene abzeichnenden Entwicklung rückte spätestens seit dem britischen Referendum über den Austritt aus der Europäischen Union (EU) eine Altersklasse besonders in den Fokus von Wissenschaft und Politik: junge UnionsbürgerInnen und ErstwählerInnen im Alter von 15 bis 24 Jahren. Die Aufmerksamkeit röhrt von der statistischen Beobachtung her, dass in dieser Altersklasse eine mehrheitlich positive Einstellung gegenüber der EU herrscht – europaweit befürworten zwei Drittel die EU-Mitgliedschaft ihres Landes¹ –, während gleichzeitig deren Beteiligung an den letzten Europawahlen im Jahr 2014 bei lediglich 28 Prozent lag.² Dieses Paradoxon, gepaart mit der vor den Europawahlen 2019 verbreiteten Befürchtung des hohen Stimmenzuwachses europaskeptischer Parteien, spiegelte sich in der Dringlichkeit wider,

* Friederike Augustin, Research Assistant, Institut für Europäische Politik, Berlin.

Jana Schubert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektmanagerin, Institut für Europäische Politik, Berlin.

Die skizzierten Politikideen basieren auf dem Manifest „Junge Ideen für die Zukunft Europas“, das im Rahmen des mehrmonatigen europaweiten Konsultationsprojekts #EngagEU entstanden ist. Die Autorinnen dieses Beitrags danken den VerfasserInnen des Manifests sowie den ProjektteilnehmerInnen für die Ideenentwicklung. Das Projekt wird durchgeführt vom Institut für Europäische Politik in Berlin in Kooperation mit dem Centre international de formation européenne in Nizza, WiseEuropa in Warschau und der Trans European Policy Studies Association in Brüssel. #EngagEU wird im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ von der Europäischen Union kofinanziert. Weitere Informationen finden sich auf der Webseite des Projekts unter: www.engag.eu.

¹ Europäisches Parlament: Demokratie in Bewegung. Ein Jahr vor der Europawahl 2019, Eurobarometer-Umfrage 89.2, Brüssel 2018.

² Europäisches Parlament: Nachwahlstudie – Wahl zum Europäischen Parlament 2014. Soziodemografischer Anhang, Brüssel 2014.

mit der die proaktive Ermutigung junger Wahlberechtigter zur Stimmabgabe für die pro-europäische Ausrichtung des neu gewählten Europäischen Parlaments verfolgt wurde.³

Neben der tatsächlichen Stimmabgabe bei den Europawahlen sind die informierte Auseinandersetzung mit dem europäischen Projekt und die Befähigung zur nachhaltigen Teilhabe der jungen Wahlberechtigten an Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene gleichermaßen essenziell. Dass junge UnionsbürgerInnen mehr als „future good citizens in training“⁴ sind, sondern sich vielmehr kritisch und konstruktiv mit den aktuellen Herausforderungen, vor denen die EU und ihre EntscheidungsträgerInnen stehen, auseinandersetzen, zeigt das Ergebnis des europaweiten, durch die Europäische Kommission im Rahmen des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ kofinanzierten, Jugendbeteiligungs- und Konsultationsprojekts #EngagEU. In engagierten Debatten haben über 600 junge BürgerInnen mehr als 60 Handlungsempfehlungen und Politikideen für die politische Agenda nach den Europawahlen 2019 erarbeitet und in einem Manifest festgehalten.⁵ Als drängendste Handlungsfelder stehen dabei die Stärkung einer gemeinsamen europäischen Identität, die Umweltpolitik, die Integration von MigrantInnen sowie das außenpolitische Handeln der EU auf der politischen Agenda der jungen TeilnehmerInnen. Die entwickelten Empfehlungen für diese Handlungsfelder, die sich im aktuellen politischen Diskurs und in jüngsten Umfragen zunehmend als jugendrelevant verfestigen,⁶ werden nachfolgend skizziert.

Junge Ideen für eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit: mehr Sichtbarkeit, Mobilität und Austausch

Die EU werde oftmals als abstraktes Gebilde und Problemquelle gesehen oder zum Sündenbock für unpopuläre Entscheidungen deklariert, kritisieren die VerfasserInnen des Zukunftsmanifests. Um dieser Wahrnehmung entgegenzuwirken, fordern sie, die Identifizierung der BürgerInnen mit der EU zu stärken und vor allem die Vorteile, die mit der Uni-

3 Die Ergebnisse der Europawahlen 2019 lassen einen Erfolg der europaweiten Mobilisierung und der Europawahlkampagnen vermuten: Die Wahlbeteiligung fiel mit 50,62 Prozent deutlich höher aus als noch in den Vorfahren, vgl. Europäisches Parlament: Ergebnisse der Europawahlen. Wahlbeteiligung nach Jahr. Vorläufige Ergebnisse (Hochrechnung), 24. Juni 2019, abrufbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/elections-press-kit/8/european-elections-results> (letzter Zugriff: 25.6.2019). Dabei haben die rechtspopulistischen und nationalistischen Fraktionen im Vergleich zu den Europawahlen 2014 19 Sitze hinzugewonnen, vgl. Die Welt: Deutschland und die Europawahl – alle Ergebnisse im Überblick, 27. Mai 2019, abrufbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article194083275/Europawahl-2019-Die-Wahlergebnisse-in-Deutschland-und-Europa.html> (letzter Zugriff: 29.5.2019). Zur (möglichen) zukünftigen Zusammensetzung des Europäischen Parlaments siehe detailliert Der (europäische) Föderalist: Nach der Europawahl 2019, 29. Mai 2019, abrufbar unter: <https://www.foederalist.eu/2019/> (letzter Zugriff: 4.6.2019).

4 Europäische Kommission/Europarat: Young people political participation in Europe: What do we mean by participation? Analytical paper on Youth Participation, abrufbar unter: <https://pjp-eu.coe.int/documents/1017981/7495153/What+is+youth+participation.pdf/223f7d06-c766-41ea-b03c-38565efa971a> (letzter Zugriff: 13.5.2019).

5 #EngagEU: Junge Ideen für die Zukunft Europas. Manifest, April 2019, abrufbar unter: <http://iep-berlin.de/wp-content/uploads/2019/05/EngagEU-Manifest.pdf> (letzter Zugriff: 13.5.2019).

6 Bei einer Eurobarometer-Umfrage der jungen EU-Bevölkerung im März 2019 nach den Prioritäten der zukünftigen EU-Politik nannten 67 Prozent der Befragten Umweltschutz und die Bekämpfung des Klimawandels; die Verbesserung von Schulbildung und Ausbildung, inklusive der Mobilität der Jugend, stellte mit 56 Prozent die zweite genannte Priorität dar. Die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ist mit 28 Prozent die siebte Priorität, während mit 23 Prozent als achte Priorität der Wunsch genannt wird, junge Menschen aus verschiedenen Mitgliedstaaten der EU zusammenzubringen (10.786 Befragte im Alter von 15 bis 30 Jahren). Vgl. Europäische Kommission: How do we build a stronger, more united Europe? The views of young people. Flash Eurobarometer 478, Brüssel 2019, S. 7.

onsbürgerschaft einhergehen, im Alltag sichtbarer zu machen. Dazu könnten bspw. ein gemeinsames europaweites Layout für Personalausweise oder die Einrichtung eines gemeinsamen europäischen Fernsehsenders, ähnlich dem bereits bestehenden deutsch-französischen Sender ARTE, beitragen. Ein solcher europäischer Fernsehsender könnte Nachrichten und Informationen zu Kultur aus europäischer Perspektive beleuchten und ein europäisches Unterhaltungsprogramm anbieten. Das Fernsehprogramm sollte in allen offiziellen EU-Sprachen ausgestrahlt werden.

Trotz der steten Ausweitung der transeuropäischen Mobilitätsförderung durch Programme wie Erasmus+ genießt noch immer lediglich eine begrenzte Anzahl von Menschen die Vorteile von Mobilitäts- und Austauschprogrammen. Die Forderung der jungen Wahlberechtigten lautet daher, die europäischen Austauschprogramme durch Vollstipendien inklusive der Übernahme der Reisekosten für alle TeilnehmerInnen des Programms Erasmus+ zu ergänzen. Zudem sollte dessen Rahmen auf Schulen ausgeweitet werden, um die Mobilität junger Menschen auch jenseits der Universitäten zu steigern. Bei der Durchführung von Austauschprogrammen für SchülerInnen könnte die EU ihre Mitgliedstaaten durch die Einrichtung einer Plattform für Lernvereinbarungen, ähnlich den bereits existierenden Lernvereinbarungen für den universitären Austausch, unterstützen.

Während die Ausweitung europäischer Austauschprogramme auf Schulen europaweite Begegnungen zwischen SchülerInnen fördern könnte, fordert das Zukunftsmanifest ergänzend, europäische Themen stärker in den Schulalltag aller Schulformen zu integrieren. Angeregt wird die Umsetzung gemeinsamer Europäischer Projektwochen (EPW) in den Mitgliedstaaten. Während dieser könnten BürgerInnen über die EU informiert und Partizipationsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Des Weiteren könnten junge Menschen auch durch die Erweiterung des Europäischen Solidaritätskorps um einen verpflichtenden Zivildienst noch stärker in die europäische Gemeinschaft eingebunden werden. Dabei könnte ein Auslandszuschlag bei der Vergütung einen Anreiz darstellen, den europäischen Zivildienst außerhalb des Heimatlandes abzuleisten.

Junge Ideen für eine nachhaltige Zukunft: Bildung, Forschung und Kreislaufwirtschaft

Eine ungenügende Behandlung von Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes im Schulunterricht, gleichbleibend hohe Emissionswerte von Treibhausgasen sowie bedenklich hohe Pro-Kopf-Mengen an Abfall waren weitere Themen, welche während des mehrmonatigen Konsultationsprozesses vor den Europawahlen die Kritik der jungen Wahlberechtigten hervorgerufen haben.

Konsequenterweise erwarten die VerfasserInnen des Zukunftsmanifests von der EU und ihren Mitgliedstaaten, dass sie ihrer deklarierten Führungsrolle im Bereich des Klimaschutzes gerecht werden. Als konkreten Anknüpfungspunkt, um Nachhaltigkeit und Umweltschutz gesamtgesellschaftlich umzusetzen, machen die jungen VerfasserInnen erneut den Schulunterricht aus. Sie fordern, Wissen über Themen wie nachhaltige Lebensweise, Recycling und Kreislaufwirtschaft im Rahmen eines Schulfachs „Umwelt- und Klimabildung“ bereits an Grundschulen zu vermitteln. Um die Einführung eines solchen zusätzlichen Schulfachs für die Mitgliedstaaten zu erleichtern, stellen sie sich die Etablierung eines

europaweiten Pools an Unterrichtsmaterialien (Arbeitsblätter, Daten, Dokumentarfilme, Projektideen, Simulationen etc.) vor, auf den die Mitgliedstaaten freiwillig zugreifen können.

Weiteres umweltpolitisches Handlungspotenzial identifizieren die VerfasserInnen bei der Finanzierung der Forschung zu technologiebasierten Lösungen im Rahmen des Schlüsselbereichs „Forschung und Entwicklung“ im mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Konkret sollte die europaweite Kooperation zwischen Wissenschaft und Industrie gestärkt und das Mandat des Informationsdiensts der Gemeinschaft für Forschung und Entwicklung (CORDIS) erweitert werden, um künftig Entwicklung und Industrie noch proaktiver zusammenzubringen.

Die letzte umweltpolitische Forderung lautet, existierende funktionierende Konzepte der Kreislaufwirtschaft auf andere Mitgliedstaaten oder die gesamte Union zu übertragen, um die kosten- und zeitintensive Entwicklung und Implementierung neuer Ideen zu vermeiden. In Anlehnung an das deutsche Pfandsystem sollte in Zusammenarbeit mit Unternehmen, lokalen Akteuren, Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen ein gemeinsames europäisches Pfandsystem entwickelt werden.

Junge Ideen für eine inklusive Zukunft: regionale Integrationszentren und ein universitäres „Testsemester“

Die jungen Wahlberechtigten sind sich bewusst, dass die Mobilität des Menschen eine Realität des 21. Jahrhunderts ist. Deswegen lautet die Forderung an die europäischen EntscheidungsträgerInnen, sich nicht nur auf die Bewältigung von Migration zu konzentrieren, sondern auch Konzepte zur aktiven Integration von MigrantInnen zu entwickeln und umzusetzen. An die EU richtet sich die Erwartung, gegenüber ihren Mitgliedstaaten die Rolle einer Wissensvermittlerin einzunehmen: Da alle Mitgliedstaaten im Bereich der Integration von MigrantInnen vor ähnlichen Herausforderungen stehen, böte die EU eine geeignete Plattform, um den Austausch über erfolgreiche Integrationsmaßnahmen und -projekte im nationalen und lokalen Kontext aktiv zu fördern.

Konkret auf die lokale Ebene bezieht sich der Vorschlag, durch die Einrichtung regionaler interkultureller Zentren einen Raum für Austausch und Begegnung zu schaffen. Dadurch sollen der interkulturelle und interreligiöse Dialog zwischen MigrantInnen und Einheimischen und somit auch Solidarität gefördert werden. Das Angebot dieser Zentren könnte ein Mentorenprogramm, außerschulische Bildungsangebote und Sprachkurse vorsehen.

Auch bei der Integration von MigrantInnen unterstreichen die VerfasserInnen die Schlüsselrolle der Bildung: Sie fordern, den Zugang und die Integration von MigrantInnen in die Hochschullandschaft zu verbessern. Dabei stellen sie sich die Einrichtung eines universitären „Testsemesters“ vor, durch das MigrantInnen die Möglichkeit erhalten, in einem EU-Mitgliedsland ein Studium zu beginnen oder fortzusetzen. Darüber hinaus würde ihnen ein solches helfen, das akademische Niveau verschiedener Universitäten zu vergleichen und die akademischen Methoden und Sprachen ihres Gastlandes kennenzulernen. Letztendlich würde diese Maßnahme auch die Integration in den Arbeitsmarkt des Aufnahmelandes erleichtern.

Junge Ideen für eine kooperative und sichere Zukunft: aktive Einhaltung von Grundwerten und demokratischen Prinzipien

Die VerfasserInnen des Jugendmanifests erwarten von der EU als globalem Akteur und größtem Handelsblock weltweit, dass sie sowohl im Inneren als auch im Äußeren stets auf Basis ihrer Grundwerte – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte – agiert. Zudem sollte die EU verstärkt auf die Einhaltung dieser Werte und demokratischen Prinzipien in ihren Mitgliedstaaten und in den Beziehungen zu Drittstaaten achten. Dazu schlagen die jungen Wahlberechtigten die Etablierung einer unabhängigen Überwachungskapazität vor, die im Falle einer Verletzung der Menschenrechte oder der demokratischen Grundsätze durch einen Drittstaat hinsichtlich geeigneter Gegenmaßnahmen beraten könnte.

Als weitere außenpolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts benennen die jungen BürgerInnen die organisierte Verbreitung von Desinformationskampagnen, die das Vertrauen in das politische System der EU und ihrer Mitgliedstaaten gefährden und mehrheitlich von externen Akteuren ausgehen, deren Interessen im deutlichen Widerspruch zu den Grundwerten der EU stehen. Um organisierter Desinformation wirksam zu begegnen, fordert das Zukunftsmanifest die finanzielle und personelle Erweiterung der im Jahr 2015 gegründeten East Strategic Communication Task Force, die in ihrer derzeitigen Verfasstheit zum Ziel hat, Falschinformationen und Desinformationskampagnen über die EU in den Ländern der Östlichen Partnerschaft entgegenzuwirken.

Um die europäische Sicherheitspolitik noch effektiver zu gestalten, fordert das Zukunftsmanifest schließlich die stärkere Harmonisierung der mitgliedstaatlichen militärischen Beschaffungswesen, wie sie bereits im Rahmen der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) angestrebt wird. Die Zusammenarbeit und der Informationsaustausch zwischen den beteiligten Institutionen sollten noch weiter erleichtert und vor allem eine stärkere Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission angestrebt werden. Damit die Mitgliedstaaten die Harmonisierung noch intensiver bei der Verwaltung ihrer Verteidigungsprojekte berücksichtigen, könnte dies als Projektbedingung für die SSZ festgehalten werden.

Reality Check: Junge Europawahl-KandidatInnen diskutieren „Junge Ideen für die Zukunft Europas“

Das große Engagement der ProjektteilnehmerInnen bei der Entwicklung dieser konkreten Politikideen resoniert mit dem allgemein hohen politischen Gesprächsbedarf der jungen Wahlberechtigten: Europaweit fordert ein Drittel der jungen Menschen mehr direkte Gesprächsmöglichkeiten mit politischen EntscheidungsträgerInnen.⁷ Diesem Wunsch entsprechend erhielten die jungen VerfasserInnen des Zukunftsmanifests einen Monat vor den Europawahlen bei der vom Institut für Europäische Politik (IEP) in Berlin organisierten #1stYoungCitizens'Convention die Möglichkeit, der interessierten Öffentlichkeit sowie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ihre europapolitischen Forderungen zu präsentieren.

⁷ Laut Eurobarometer fordern 34 Prozent der jungen Menschen mehr direkte Gesprächsmöglichkeiten mit politischen EntscheidungsträgerInnen. 32 Prozent der Befragten wünschen sich, dass sie vermehrt über die Jugendaktivitäten der EU und deren Vorteile informiert würden. Europäische Kommission: Flash Eurobarometer 478, 2019, S. 8.

tieren und sich mit jungen Europawahl-KandidatInnen in einer Fishbowl-Diskussion über deren Umsetzungspotenzial auszutauschen. Als DiskutantInnen eingeladen waren Damian Boeselager von Volt Europa, Malte Fiedler von DIE LINKE, Annika Klose von der SPD, Helmer Krane von der FDP, Hanna Steinmüller von Bündnis 90/Die Grünen sowie Susanne Zels von der CDU.

Während der gesamten Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, ob es sich bei den jeweiligen Forderungen um politische Utopie, jugendliche Naivität oder doch um eine in der nun beginnenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments umsetzbare Vision handelt. Eine Einstiegsrunde ermöglichte politisches Agenda-Setting, bei dem die jungen Europawahl-KandidatInnen diejenigen Forderungen aus dem Manifest benennen sollten, die sie auf europäischer Ebene vertreten bzw. kritisieren würden. Als Agenda-Setter der Diskussion erwiesen sich dabei zum einen die Forderung nach der Ausweitung des Europäischen Solidaritätskorps um einen verpflichtenden europäischen Zivildienst und zum anderen die Etablierung einer Überwachungskapazität zum Schutz der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Hinsichtlich des europäischen Zivildienstes herrschte Uneinigkeit unter den jungen PolitikerInnen mit Blick auf den verpflichtenden Charakter des Vorschlags. Der Vorteil eines europäischen Zivildienstes sei, so die DiskutantInnen, dass junge Menschen in der EU so schon frühzeitig die Erfahrung machen können, aktiver Teil der europäischen Zivilgesellschaft zu sein. Zugleich sei es aber auch wichtig, dass Europa freiwillig erlebbar sei. Ein europäischer Zivildienst, wenn er lediglich als Pflichtjahr absolviert würde, müsse nicht automatisch einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie eine positive Selbstidentifikation mit der EU zur Folge haben. Insbesondere vor dem Hintergrund der Abschaffung des deutschen Wehr- und Zivildienstes im Jahr 2011 sowie der allgemeinen Umstrukturierung der verschiedenen Freiwilligendienstformate in Deutschland und auf EU-Ebene in den letzten Jahren sei es auch sinnvoll, den bereits bestehenden Europäischen Freiwilligendienst weiter auszubauen und attraktiver zu gestalten.

Der zweite Agenda-Setter der Forderungen aus dem Jugendmanifest war der Wunsch, die Außen- und Wirtschaftspolitik der EU noch stärker auf ihre Grundwerte zu stützen. Hierbei waren sich die jungen Europawahl-KandidatInnen einig, dass die EU in ihren Außenbeziehungen mehr Verantwortung übernehmen und ihre Grundwerte aktiv und konsequent überwachen und verteidigen müsse. Zum einen solle die EU in ihren Wirtschafts- und Kooperationsabkommen mit Drittstaaten die Einhaltung der darin enthaltenen Menschenrechtsklauseln ausdrücklich zur Grundbedingung der gegenseitigen Beziehungen machen. Zum anderen müsse sich die EU insbesondere mit Blick auf illiberale Tendenzen in einigen mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten Überprüfungskompetenzen aneignen sowie unabhängige Überwachungskapazitäten entwickeln, die zum Ziel hätten, die Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie den Schutz der Menschenrechte innerhalb der EU zu garantieren. Der Ausbau der East Strategic Communication Task Force, wie im Manifest vorgeschlagen, sollte daher nicht nur Desinformationskampagnen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft entgegenwirken, sondern ihren Fokus auch nach innen und auf die EU-Mitgliedstaaten lenken. Diese Forderung wurde von den DiskutantInnen schließlich direkt mit der europäischen Agentur für den Schutz der Demokratie in Verbindung gebracht, wie sie Emmanuel Macron als Teil seines EU-Reformplans vor-

schlägt.⁸ Mithilfe dieser Agentur solle die EU Kapazitäten für den Schutz vor Hackerangriffen und Manipulationsversuchen sowie auch für die Eindämmung von Hass- und Gewaltkommentaren im Internet aufbauen.

„Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“?

Im Anschluss an die intensive Auseinandersetzung mit den Inhalten und Ideen des Manifests zeigte sich in einer freien Visionsformulierung schließlich: Fast alle jungen Europawahl-KandidatInnen forderten, dass die EU dringend Reformschritte einleiten und den Weg der vertiefenden Integration weitergehen müsse.

Gerade jetzt sei es an der Zeit, die großen Fragen der EU zu thematisieren und sich nicht nur auf die Bewahrung des Status quo zu konzentrieren. Die EU dürfe daher nicht mehr in der Krisenpolitik verharren, sondern müsse stattdessen in großen Schritten vorangehen, so wie es auch Macron fordert. Für eine Reform der EU müsse innovationsorientiert und auf europäischer Ebene gedacht werden. Dies sei insbesondere bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wichtig, in der langfristig das Prinzip der einfachen Mehrheit durchgesetzt werden sollte.

Als weiterer progressiver Reformgedanke kam die Idee der Weiterentwicklung der EU zu einer Europäischen Republik mit transnationalen Listen auf. Demnach sei das Ziel das Erreichen einer „vollen“ Europäischen Union als parlamentarische Demokratie bis 2050 und mit einem/einer Europäischen PremierministerIn als gemeinsamem Regierungsoberhaupt.

Insbesondere die jungen PolitikerInnen mit einem linken politischen Profil waren sich einig, dass der Integrationsweg eines ambitionierteren Europas vor allem auf eine gemeinsame Klima-, Sozial- und Migrationspolitik abzielen müsse. Eines der Ziele müsse deshalb der Aufbau eines sozialen Europas sein, welches einen europäischen Mindestlohn, eine Mindestsicherung sowie effektive Maßnahmen gegen Altersarmut zusichere. Auch in der Klimaschutzpolitik, wie bei der Verringerung von CO2-Emissionen, dem Verbot von Mikroplastik oder der Entwicklung neuer Mobilitäts- und Verkehrskonzepte, müsse die EU stärker voranschreiten. Dabei dürfe die EU jedoch nicht nur einen Führungsanspruch für sich reklamieren, sondern müsse mit Drittstaaten auch eine enge Zusammenarbeit anstreben, um Klimaschutz auf internationaler Ebene zu stärken.

Darüber hinaus gab es jedoch auch die Meinung, die Verteidigung der Wertegemeinschaft sei die wichtigste Aufgabe der zukünftigen EU. Insbesondere mit Blick auf den starken Europaskeptizismus dürften keine Versprechungen getätigt werden, die nicht auch eingelöst werden könnten. Deshalb müssten die großen Herausforderungen, vor denen die EU stehe, gemeinsam und im Rahmen der bereits bestehenden Integration gelöst werden.

Die Jugend muss die Politik mobilisieren – politisches Agenda-Setting nach den Europawahlen

Die auf das Verfassen eines gemeinsamen Manifests ausgerichteten mehrmonatigen Debatten und Konsultationen, aber auch die Diskussion mit den jungen Europawahl-Kandi-

⁸ Vgl. Emmanuel Macron: Für einen Neubeginn in Europa, 4. März 2019, abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/manuel-macron/2019/03/04/fur-einen-neubeginn-in-europa.de> (letzter Zugriff: 13.5.2019).

datInnen zeigen, dass die jungen Wahlberechtigten die EU nicht als Quelle, sondern als adäquate Lösungsebene aktueller Probleme verstehen.

Die hohe Bereitschaft junger Menschen, sich für die EU einzusetzen, und deren Überzeugung, dass den großen Fragen unserer Zeit gemeinsam begegnet werden müsse, würdigte Bundespräsident Steinmeier in seiner Reaktion auf die Präsentation des Manifests.⁹ An die neu gewählten politischen EntscheidungsträgerInnen gerichtet betonte er zudem die Notwendigkeit, den Ideen der jungen Wahlberechtigten Beachtung zu schenken und sie ernst zu nehmen, die „völlig zu Unrecht als unpolitisch oder konsumorientiert gescholten worden [sind].“¹⁰ Vielmehr zeigten Initiativen wie die Protestbewegung „Fridays for Future“, dass nicht nur die Politik die Jugend mobilisieren kann – wie IEP-Präsident Werner Hoyer feststellte –, sondern „dass diese Jugend [...] die Politik [...] mobilisiert“.¹¹

Insgesamt standen im Zentrum des Konsultationsprozesses Sachpolitik und realpolitische Herausforderungen, für deren Lösung von den jungen TeilnehmerInnen eher der Kompetenztransfer auf die supranationale Ebene denn eine Renationalisierung angestrebt wurde. Konstruktives Anknüpfungspotenzial für politische EntscheidungsträgerInnen, insbesondere für die finnische Ratspräsidenschaft¹² im zweiten Halbjahr 2019, an die Ideen der jungen Wahlberechtigten bieten die Forderungen nach einer zukunftsgerichteten Klimapolitik und insbesondere einer Stärkung technologiebasierter Lösungsansätze für die Bekämpfung des Klimawandels, einem gemeinsamen Handeln gegenüber hybriden Bedrohungen durch staatliche und nicht-staatliche Akteure sowie einer stärkeren Kontrolle der Einhaltung europäischer Werte und demokratischer Prinzipien durch die EU-Mitgliedstaaten und in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

Die Unionsmitgliedschaft ihres Landes war zu keinem Zeitpunkt des Konsultationsprozesses Diskussionsgegenstand der aus über 20 EU-Mitgliedstaaten stammenden TeilnehmerInnen.¹³ Angesichts dieser mit dem eingangs aufgezeigten „Jugendparadoxon“ korrespondierenden Beobachtung bleibt an dieser Stelle die Notwenigkeit zu unterstreichen, dass das im diesjährigen Europawahlkampf erfolgreich kreierte Momentum der proeuropäischen Mobilisierung auch der jungen Zivilgesellschaft aufrechterhalten werden muss. Dieses Vorhaben kann nur gelingen, wenn politische EntscheidungsträgerInnen konkret auf die Forderungen der jungen Wahlberechtigten, auch auf die hier vorgestellten, in der

⁹ Vgl. Bundespräsidialamt: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der First Young Citizen Convention des Instituts für Europäische Politik am 30. April 2019 in Berlin, abrufbar unter: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2019/04/190430-First-Young-Citizen-Werkstattgespraech.pdf?jsessionid=77556C8619D7CECECE5D24F4E54E54FD.2_cid378?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 7.6.2019).

¹⁰ Ebenda, S. 3.

¹¹ Ebenda.

¹² Diese Forderungen knüpfen an die voraussichtlichen Schwerpunkte der finnischen Ratspräsidenschaft im zweiten Halbjahr 2019 an, vgl. Prime Minister's Office Finland, Government Communications Department: Prime Minister Sipilä discussed Finland's Presidency of the Council of the EU with Baltic and Polish leaders, 7. März 2019, abrufbar unter: https://vnk.fi/fi/artikkeli/-/asset_publisher/paaministeri-sipila-keskusteli-baltianmaiden-ja-puolan-johatjien-kansas-suomen-eu-puheenjohtajuudesta?_101_INSTANCE_iemYRQDn9G8r_languagId=en_US (letzter Zugriff: 3.6.2019); Finnische Regierung, Government Communications Department: Prime Minister Juha Sipilä's speech to the European Parliament on 31 January 2019, 31. Januar 2019, abrufbar unter: https://valtioneuvosto.fi/en/article/-/asset_publisher/10616/paaministeri-juha-sipilan-puhe-euroopan-parlamenteille (letzter Zugriff: 3.6.2019).

¹³ Allgemein ist unter den jungen EU-BürgerInnen keine Mehrheit für den Austritt ihres Landes aus der EU zu beobachten: Lediglich 21 Prozent der BürgerInnen zwischen 16 und 26 Jahren würden einen solchen unterstützen. Vgl. TUI Stiftung (Hrsg.): *Young Europe 2017. The Youth Study of TUI Foundation. What young Europeans think about Europe*, Mai 2017.

nun beginnenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments eingehen – Forderungen von BürgerInnen, für die es mehrheitlich selbstverständlich ist, den großen Herausforderungen der Zukunft multilateral und wenn angemessen auf europäischer Ebene zu begegnen.